

A **Leitantrag an den 9. Landesparteitag**

A.1 **Wirtschaftspolitische Leitlinien „Arbeiten, Wirtschaften und Leben – Diskussionsvorschlag zu einem Zukunftsprogramm für Sachsen“**

ÄA.1.20. Änderungsantrag zu den Wirtschaftspolitischen Leitlinien – Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

EinreicherInnen: Beratung der Delegierten der linksjugend ['solid] Sachsen und weiterer junger Delegierter. Darunter: Tilman Loos, Werner Kujat, Marlen Brückner, Anne Raasch, Steffen Juhran, Anna Gorskih, Marco Böhme, Nico Reichenbach, Sandra Weiße

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ergänzung Zeile 339 nach „Ausbildungscharakter von Praktika stärken.“:

„Auch für Beschäftigungsformen wie dem freiwilligen sozialen / ökologischen Jahr (FSJ /FÖJ) oder dem Bundesfreiwilligendienst (BFD) muss das sogenannte 'Taschengeld' von derzeit maximal 330 Euro auf mindestens 500 Euro erhöht werden – ohne dass diese auf weitere Transferleistungen (wie eine existenzsichernde Mindestsicherung) angerechnet werden.“

Begründung:

Für viele, gerade junge Menschen spielen diese Formen von Freiwilligendiensten die Rolle eines „Lückenbüßers“ in biografischen Umbruchphasen oder einer Annäherung an praktische Tätigkeit im Erwerbsleben. Dabei leisten die Freiwilligendienstler allerdings 40 Stunden Wochenarbeitszeit, oft auch an Wochenenden und Spät- und Nachtdienste und fungieren nicht selten lediglich als billige Arbeitskräfte. In diesen Diensten wird momentan ein 'Taschengeld' gezahlt, das der Träger bzw. die Einsatzstelle festlegt. Das Gesetz sieht eine Obergrenze für das Taschengeld vor, nämlich maximal sechs Prozent der in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten jeweils geltenden Beitragsbemessungsgrenze. Aktuell sind dies 330 Euro. Durchschnittlich wird aber lediglich eine Geldleistung in Höhe von 150 Euro monatlich gezahlt, wozu noch geringfügige Entschädigungen für Unterkunft und Verpflegung kommen. Oft liegt dabei ihr Einkommen noch unter Hartz IV Niveau. Dabei steht außer Frage, dass die Freiwilligendienste gesellschaftlich wichtige Arbeit leisten und für viele Menschen persönlich gewinnbringend sind. Nur darf dies aus unserer Sicht nicht bedeuten, sich quasi automatisch in extrem prekäre Formen der Ausbeutung zu begeben.

<u>Entscheidung des Parteitages</u>	
Angenommen:	Abgelehnt:
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	